

Leserbrief zum Beitrag „Falsche Weichenstellung“ der Landtagsabgeordneten Beate Blechinger, CDU in der Märkischen Oderzeitung am 7. März 2012, S. 17

Dr. Dietmar Barkusky

7. März 2012

Bemerkenswert, wie sachlich Lehrerin Blechinger die Entwicklung des Bildungssystems im Land Brandenburg und die daraus erwachsenen Probleme analysiert, mit denen wir heute konfrontiert sind. Ich kann ihre Gedanken nachvollziehen, denn ich musste als Elternvertreter in der Schule vieles Angesprochene miterleben. Sie verweist in ihrem Beitrag auf das finnische Bildungswesen, das im Übrigen auf den Erfahrungen aus der DDR aufbaut. CDU-Politikerin Blechinger überzeugt in dem Beitrag hingegen nicht. Eine selbstkritische Betrachtung, warum in zehn Jahren Regierungsverantwortung der CDU die Probleme in der Bildungspolitik offenbar nicht weniger wurden, fehlt mir. Ihre in dem Beitrag unterbreiteten Vorschläge hätte sie seinerzeit auf die politische Agenda setzen können. Gut in Erinnerung sind mir aus jener Zeit die ergebnislosen Diskussionen insbesondere zu den hohen Klassenstärken und zu den vielen Ausfallstunden unserer Kinder wegen fehlender Lehrer. Wie ich kürzlich vernehmen konnte, plant die jetzige Landesregierung in dieser Legislaturperiode die Einstellung von 2000 neuen Lehrerinnen und Lehrern, will sie die „Frequenzrichtwerte“ für Klassen an den Grundschulen auf 23 Schüler und an den Oberschulen auf 25 Schüler senken, will sie die frühkindliche Erziehung stärken, z.B. durch Intensivierung der Sprachförderung. Es scheint demnach Bewegung in die Vorschul- und Schulbildung zu kommen.

Ein Argument der Lehrerin Blechinger möchte ich abschließend aufgreifen. Trotz aller Probleme im Bildungswesen sind in erster Linie die Eltern verantwortlich für ihre Kinder. Ich folge dem Motto: Solange die Kinder klein sind, gebe ihnen Wurzeln, werden sie erwachsen, verleihe ihnen Flügel. Wenn aber junge Eltern heute der Verantwortung für ihre Kinder zunehmend nicht mehr gewachsen sind, muss sich die Gesellschaft fragen, was da aus dem Ruder läuft, um gegensteuern zu können.